

Vorwort:

Wie immer hat **dieBasis** eine Menge zu bieten. Am 18.11.2023 steht der 2. Parteitag des Stadtverbandes Bielefeld an. Hierzu habt Ihr bereits die Einladung per Mail erhalten. Falls Ihr sie nicht findet, schaut bitte mal in den Spam-Ordner oder meldet Euch bei Bedarf. Wer selbst kandidieren möchte, teilt das bitte frühzeitig mit unter: bielefeld@diebasis.nrw.

Weiterhin bitten wir aus organisatorischen Gründen, Eure Teilnahme per Mail mitzuteilen.

Bitte besucht auch unsere regelmäßigen Schwarmtreffen, Stammtische und Aktionen. Schaut mal auf unsere Internetseite unter Termine.

Auf unserer Homepage haben wir in den letzten Tagen und Wochen einige neue Beiträge hochgeladen. Bei allen Beiträgen haben wir ausgiebig recherchiert um auch die Worte, die zwischen den Zeilen versteckt sind, zu beschreiben. Erfreulich ist ebenfalls, dass Beiträge aus dem Scharm eingegangen sind.

Die Schande der Verwaltungen

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

Die Coronaverbrechen in den Behörden müssen aufgeklärt werden

Ein Beitrag von Dr. Jürgen Wächter

Es ist nicht nur die Politik, die in der Coronazeit die Menschenrechte verletzt hat und Menschen rechts- und sachwidrig schikaniert und drangsaliert hat. Schuld liegt gleichermaßen bei den Behörden und Verwaltungen, die als willige Untertanen die politischen Anordnungen befolgt und in vielen Fällen noch durch eigenen Übereifer übertroffen haben.

Dabei muss man gar nicht, die auf friedliche Demonstranten prügelnden Polizisten in Berlin und anderswo allein im Blick haben, sondern auch die in vielen, erst einmal scheinbar unbeteiligten Verwaltungen, geschahen Rechtsbrüche ungeheuren Ausmaßes. An erster Stelle standen dabei Gesundheits- und Ordnungsämter, die sich oft noch radikaler ausagierten als manche Polizeikohorte. In einem ungeheuren Ausmaß kontrollierten sie die Menschen, ob diese Masken trugen, sich auf gesperrte Parkbänke setzten, oder den Mindestabstand nicht einhielten. Ohne Anzeichen eigenen Denkvermögens verteilten sie Bußgelder, zeigten Menschen bei anderen Behörden an und schikanierten sie in vielfältiger Weise. Manche Kleinlinge, nun im Besitz der Macht, zeigten ihr wahres Gesicht.

Besonders zwei juristische Prinzipien wurden völlig außeracht gelassen: das Ermessen und die Verhältnismäßigkeit. Statt überhaupt darüber zu befinden, ob eingeschritten werden sollte oder nicht (das sog. Entschließungsermessen), wurde generell eingeschritten. Ein Verhalten von Ordnungsbehörden, das juristisch Ermessensnichtgebrauch genannt wird und das rechtsfehlerhaft ist. Eine Behörde kann ordnungsrechtlich im Einzelfall einschreiten, muss es dann aber auch einzeln begründen. Das erfolgt ein der Regel nicht und macht die meisten Anordnungen damit rechtswidrig. Die Stärke der Eingriffe erfolgte auch zumeist auf Maximalebene, was einen Verstoß gegen das sog. Auswahlermessen darstellt.

Die Verhältnismäßigkeit (hierbei ist zu prüfen ob eine Maßnahme erforderlich ist) wurde völlig über Bord geworfen. Verhältnismäßig waren die Maßnahmen i. d. R. alle nicht. Dann ist zu prüfen, ob sie geeignet sind. Wir wissen, dass keine der Maßnahmen geeignet war, sei es Maskentragen, seien es Besuchsverbote oder was auch immer. Und dann muss noch das Interesse der Öffentlichkeit mit dem Interesse der betreffenden Person gegeneinander

abgewogen werden, was grundsätzlich nie stattfand. Sondern man faselte einfach schallplattenhaft von schrecklicher Pandemie.

Alles in allem haben die Behörden in der Coronazeit völlig über das Ziel hinausgeschossen und gegen die Bürger millionenfache Rechtsverstöße begangen. Doch nicht nur gegen diese. Einige wenige Personen in den Verwaltungen wiesen früh auf diese Missstände hin und wurden dafür von den Personalabteilungen mit dienstrechtlichen Maßnahmen traktiert oder sogar aus den Behörden gejagt. Auch dort also Rechtsmissbrauch, Unmenschlichkeit und strafrechtliche Handlungen.

Wenn der Pastor und ehemalige Nachrichtensprecher Peter Hahne fordert, „ich will Handschellen klicken hören“, dann muss man da in Zukunft, besonders in den Verwaltungen schauen, wer sich rechtswidrig verhalten bzw. sogar Straftaten begangen hat.

In einigen Teilen der Welt hat man bereits erste Konsequenzen gezogen. Niederösterreich und Slowenien haben für die betroffenen Bürger faktisch eine Amnestie erklärt. Geben zu, nicht richtig gehandelt zu haben und erstatten u. a. alle eingekommenen Bußgelder zurück. Auch in manchen US-amerikanischen und kanadischen Bundesstaaten geht man in diese Richtung. Doch was geschieht in Deutschland?

In Deutschland versucht man die Dinge totzuschweigen, spricht über diese Behördenverbrechen nicht und meint so davon zu kommen. Dies darf auf keinen Fall so weitergehen. Die Verantwortlichen sind zur Rechenschaft zu ziehen. Und zum Glück verjähren u. a. Straftaten ja erst nach 20 Jahren. Noch viel Zeit, in der die Täter bibbern können.

Und auch die übrigen Verantwortlichen haben Konsequenzen zu tragen; sie dürfen nicht bessergestellt sein als die, die auf die Missstände hingewiesen haben. Wer daher in Führungsfunktion gegen Grundrechte verstoßen hat, Mitarbeiter in der Coronazeit zu „Impfungen“, Coronatests, Maskentragen oder ähnlichen Schikanen gedrängt hat oder dies versucht hat, muss in Behörden seine Führungsposition verlieren und kann fortan nur noch höchstens Sachbearbeiteraufgaben wahrnehmen, es sei denn, er bereut die Fehlerhaftigkeit seiner Handlungen und erstattet die daraus entstandenen finanziellen, beruflichen, gesundheitlichen und psychischen Schäden seiner Mitarbeiter und der Bürger vollumfänglich.

Angehörige von Behörden, die sich dem Coronawahn widersetzt haben und dadurch ihr Dienstverhältnis verloren oder Beförderungen nicht erhalten haben, haben ihre Charakterfestigkeit und ihren Einsatz für Menschlichkeit und Grundrechte bewiesen. Sie sollen neben einer vollumfänglichen Rehabilitierung zukünftig Führungspositionen in ihren Behörden einnehmen. So kann eine Wiederholung von Rechtsbrüchen solchen Umfangs zukünftig wohl am besten vorgebeugt werden.

Der erste Schritt ist es nun, in den Behörden Aufklärungsteams aus den sich während Coronazeit widersetzenden Mitarbeitern zu bilden. Sie sollten ermitteln, welcher Mitarbeiter sich inwieweit und in welchem Ausmaß schuldig gemacht hat. Das ist eine große Aufgabe, aber am Ende wird keine Verwaltung darum herumkommen. Mit einer solchen Aufarbeitung kann das Vertrauen der Bürger und das Ansehen der Behörden wieder zurückgewonnen werden. Bielefeld sollte als größte Stadt in Ostwestfalen damit als erste schnellstmöglich beginnen.

Das Ende der Hegemonie

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

Die Zeit ist reif für eine souveräne deutsche Außenpolitik

Ein Beitrag von Dr. Jürgen Wächter

Eine souveräne Außenpolitik konnte Deutschland seit dem Zusammenbruch 1945 kaum mehr betreiben, musste Westdeutschland seitdem doch all seine Handlungen mit den USA vorabstimmen. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vertraten die USA dann sogar den Anspruch auf unipolare Vormacht. Mit ihrer Militärmacht, ihrer Dollarhegemonie und ihrem Energiehunger galten sie lange als uneingeschränkter Souverän. Länder, die die Dollarhegemonie umgehen wollten oder die ihre Energieförderung abseits der US-Interessen betreiben wollten, wurden mit militärischen Aktionen wieder in ihre Untertanenfunktion zurückgebombt, wie dies in vielen Teilen der Erde geschah. Waren militärische Aktionen nicht möglich, erklärte man sie zur Achse des Bösen und grenzte sie mit Sanktionen vom Weltmarkt aus.

In den letzten Jahren blieben militärische Erfolge jedoch aus und US-Truppen mussten sich zurückziehen, wie in Afghanistan, oder konnten gar nicht erst richtig Fuß fassen, wie in Syrien und in Somalia. Und auch in Zukunft werden Interventionen kaum mehr erfolgreich sein, schließen sich doch viele der von den USA Vergewaltigten zusammen und trotzen so der schwächer werdenden Hegemonie. Die BRICS etwa ist ein wirksamer Zusammenschluss souveräner Staaten, die der unipolaren Welt ein Ende machen und den Einfluss der USA in finanzieller, ökonomischer und militärischer Weise eine Grenze setzen wird. Hier zeichnen sich bereits Anfänge einer multipolaren Weltordnung und eines Zusammenbruchs der US-Hegemonie ab.

Die Situation der USA ist bereits derart geschwächt, dass er zur Erhaltung seiner Macht nun sogar beginnt, seine Verbündeten finanziell auszusaugen. Mit dem Terrorangriff auf die Ostseepipeline wurde Deutschland von den Energielieferungen aus Russland abgeschnitten und gezwungen, amerikanisches Flüssiggas zu hohen Kosten zu importieren. Im jüngsten Schachzug wird mittels unterstützter Putsche in Afrika der Einfluss Frankreichs dort zum Erliegen gebracht, das seine Hauptenergiequelle Uran aus Niger bezieht. Bald wird es dieses wohl zu stark erhöhten Preisen aus Nordamerika beziehen müssen.

Deutsche Außen- und Finanzpolitik war lange nur im engen Rahmen von US-Interessen möglich. Heute gibt es mit den BRICS allerdings eine Alternative und Deutschland hätte zunehmend die Möglichkeit, sich mit einer den eigenen Interessen vertretenden Außenpolitik aus der US-Hegemonie zu befreien. Doch fehlt in der Ampelregierung dazu der Mut. Marionettengleich klärt man die Anschläge auf unsere Pipelines nicht einmal auf, holt sich weiter seine Befehle aus Washington und belastet dafür seine Bürger mit hohen Energiekosten, die dann mit einem getürkten Klimawandel erklärt werden.

Doch warum soll man sich weiter zu eigenem Schaden einem sinkenden Stern unterordnen, wenn neue Sterne bereits erfolgreich aufgehen? Deutschland braucht den Mut zu einer eigenen selbstbewussten Außenpolitik ohne weiter auf die US-Interessen Rücksicht zu nehmen. Deutschland sollte sich seines souveränen Status bewusst werden, den ein zusammenbrechendes Amerika nicht mehr verhindern kann. Und Deutschland sollte seine Interessen in Europa und der Welt in anständiger Weise zugunsten seiner Bürger frei und offen vertreten. Dazu gehört auch ein Ende von Sanktionen gegen andere Staaten, die Reparatur und

Inbetriebnahme der Ostseepipelines und eine kostengünstige Energieversorgung aus Russland. Es ist Zeit, dass Deutschland selbstbewusst, souverän und frei wird.

Mit leerem Beutel große Sprünge machen

Ansprechpartner: Jochen König presse.bielefeld@diebasis.nrw

In Bielefeld bahnt sich ein Haushaltsdesaster an

Das Westfalen-Blatt wies am 30. September auf die Sorgen der CDU hinsichtlich der Defizite beim Schulbau hin. Danach fehlen drei komplette Grundschulen, außerdem weiterführende Schulen. In das Gymnasium am Waldhof werden 80 Millionen investiert, ohne neue Plätze zu schaffen.

Schaut man sich weiter bei Bielefelder Projekten um, stellt man sehr schnell fest, dass die Kosten für die Martin-Niemöller-Schule ebenso aus dem Ruder laufen, wie die Kosten für das Freibad in Jöllenbeck.

Was in Sachen Jahnplatztunnel noch auf uns zukommen wird, ist nicht bekannt. Es gibt große Pläne für den Fahrradbunker unter dem Hauptbahnhof (bis 4.000 Fahrräder) und geplanten Kosten von 14,5 Millionen Euro.

Für weitere 25,5 Millionen soll nun die Heeper Straße im Sinne des multimodalen Verkehrs (25% Fahrräder, 25% Autoverkehr, 50% ÖPNV) umgebaut werden.

Hinzu kommt der Umbau der Altstadt. Der Verfasser kennt die geplanten Kosten noch nicht. Allerdings steht zu erwarten, dass sie ebenso aus dem Ruder laufen, wie bei allen anderen laufenden oder geplanten Projekten.

Das Westfalen-Blatt titelte am 29.10.23:

„Wir sind längst im Krisenmodus. Die Corona-Krise könnte auch zu einer Haushaltskrise für die Stadt Bielefeld werden. Stadtkämmerer Rainer Kaschel rechnet mit deutlich einbrechenden Gewerbesteuererinnahmen. Hinzu kämen Einnahmeausfälle bei den Gebühren, etwa bei den Kita-Entgelten. Die CDU will unterdessen eine Ratsinitiative starten, wonach die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten in Not geratenen Betrieben hilft. „Wir setzen dabei auf die Unterstützung aller Fraktionen“, so Fraktionsgeschäftsführer Detlef Werner...“

Dazu aus dem Bielefeld Report vom 10.08 23. „Der Kämmerer hat an diesem Donnerstag den Entwurf für den Haushalt 2024 im Rat vorgestellt. „Die dramatischen Zahlen sind das Ende des Märchens von der rot-grünen Haushaltskonsolidierung. Gar nichts war daran nachhaltig. Trotzdem will die Koalition dieses Jahr wieder 148 neue Stellen schaffen...“

Es wir dringend Zeit, dass wir Bürger handeln.

Bündnis in Thüringen

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

Mit Brücken statt Brandmauern – Auftakt des Bündnis für Thüringen

Ein Beitrag des Landesverbandes Thüringen

Am 21. Oktober 2023 wurde das „Bündnis für Thüringen“ offiziell beschlossen, anschliessend fand die Zukunftskonferenz für Thüringen „Brücken statt Brandmauern“ statt.

Am Samstag, dem 21. Oktober, fand im „DASDIE“ in Erfurt die Zukunftskonferenz für Thüringen unter der Überschrift „Brücken statt Brandmauern“ statt. Organisiert wurde die Veranstaltung durch das an diesem Tag offiziell beschlossene **Bündnis für Thüringen, bestehend aus Bürger für Thüringen, dieBasis, Freie Wähler Thüringen e.V.**, sowie unterstützt durch die WerteUnion. Das Bündnis wird bei Kommunalwahlen sowie mit Direktkandidaten und in Form einer offenen Landesliste der „Bürger für Thüringen“ bei der Landtagswahl 2024 antreten. Darüber hinaus unterstützen der „Bürger für Thüringen e.V.“ sowie der „dieBasis für Thüringen e.V.“ das „Bündnis für Thüringen“. Insgesamt sieben Redner, inkl. Dr. Hans Georg Maaßen, Ralf Ludwig und Vera Lengsfeld, zeigten in einem gefüllten Saal mit 250 Mitgliedern und Gästen, wohin inhaltlich die Reise gehen soll.

Ein ironisches Motto lieferte Spitzenkandidatin **Dr. Ute Bergner, MdL** von Bürger für Thüringen, in Anspielung auf eine Überschrift der „Thüringer Allgemeinen“ und den Tagungsort, die Kleinkunstabtstätte „DASDIE Brett!“. „Herzlich willkommen beim Varieté der Dissidenten!“ Eine Vielfalt der Anschauungen zeigten die Beiträge, jedoch nicht von „links“ nach „rechts“. Dazwischen verlaufe keine bedeutsame Grenze, wie Hans-Georg Maaßen von der WerteUnion bemerkte. Entscheidender sei die Auseinandersetzung zwischen autoritärem Staat und freiheitlicher Demokratie, zwischen dem Streben nach einer totalitären Gesellschaftsform und dem Einsatz für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. So stellte **Dr. Ute Bergner** verblüfft fest, dass sich das führende Lokalblatt eines Begriffs bedient hatte, der – laut Wikipedia – „hauptsächlich in Diktaturen und totalitären Staaten verwendet“ wird. Einen solchen unzulässigen DDR-Vergleich wollte sie selbst nicht ziehen, stellte jedoch fest: „Es ist trotz aller Beteuerungen keine gelebte Demokratie“ und „Regieren am Wähler vorbei ist Methode.“

So erinnerte Rechtsanwalt **Ralf Ludwig** an Diffamierungen und Zwänge im Zusammenhang mit der mRNA-Corona-Impfung von 2021 bis teilweise in die Gegenwart. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wurde sogar vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit der Begründung akzeptiert, der Nutzen durch Infektionsschutz überwiege den Schaden durch einen geringen Prozentsatz schwerer Erkrankungen oder Todesfälle. In einem früheren Urteil zur Frage eines Flugzeugabschusses in der 9/11-Situation hatte das BVerfG jedoch entschieden: Unschuldiges Leben darf nicht als Mittel zur Rettung anderer Leben benutzt werden – Art. 1 (1) GG verbietet diese Abwägung von Leben gegen Leben.

Als ein Instrument gegen staatliche Bevormundung plädierte **Ralf Ludwig** für einen Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, da sonst Milliardäre zunehmend die Medien dominieren würden. Der Rundfunk müsse aber demokratischer sein, durch Bürger, nicht durch Parteien kontrolliert werden. Insgesamt müssten die Menschen viel mehr beteiligt werden, etwa mit einem Vetorecht gegen Gesetze: Es solle ein erreichbar niedriges Quorum geben, nach dem Gesetze zur Volksabstimmung gestellt werden.

Steffen Teichmann, Vorsitzender der Partei „Bürger für Thüringen“, formulierte: „Der Staat ist zu stark, wo er schwach sein sollte, und zu schwach, wo er stark sein sollte“. Ideologie bestimme alles, es herrsche Wunschenken statt Realitätssinn. Stattdessen würden Brandmauern zum „Brett vor den Köpfen“. Dr. Maaßen ergänzte: Wer Mauern baue, habe Angst vor Diskussionen, vor dem Zusammenbruch ideologischer Lügengebäude, vor der Realität. Diese lasse sich jedoch nicht umformen: „Realität ist immer konservativ.“

Teichmann erinnerte an das Brechen von Wahlversprechen, etwa dass es keine Impfpflicht geben werde oder keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Er warnte vor wirtschaftlichen Problemen, verursacht auch durch die Corona-Einschränkungen und Wirtschaftssanktionen gegen Russland ebenso wie Gegenreaktionen. Umfragen zeigten eine steigende Tendenz zur Geschäftsverlagerung ins Ausland, und Insolvenzen seien von 2022 bis 2023 um 20% gestiegen.

Aber: „Verantwortliche Politiker schalten den Alarm auf lautlos und gendern lieber weiter.“ Viele seien nicht Politik-, sondern Politiker- verdrossen, sie wollen mitgestalten, werden aber nicht ernst genommen – deshalb wehren sie sich in Wahlen etwa gegen Rot-Rot-Grün.

Uwe Rückert, Vorsitzender des „Freie Wähler Thüringen e.V.“ nannte Beispiele für eine Vetternwirtschaft der Thüringer Minderheitsregierung. Er betonte die Wichtigkeit einer funktionalen Verwaltung, des Vertrauens in Institutionen und der inneren wie äußeren Sicherheit. Er forderte weiterhin eine Verkleinerung von Landtag, Ministerien und Verwaltungen.

Schließlich setzte er sich für eine stärkere Begrenzung des Zustroms illegaler Migranten ein. Die Außenpolitik müsse mehr an Friedensinitiativen zur Beseitigung von Fluchtursachen interessiert sein. Eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen könne Anreize zur Einwanderung verringern, abgelehnte Asylbewerber müssten konsequenter abgeschoben und die Landesgrenzen stärker gesichert werden. Hans-Georg Maaßen meinte, eine Zurückweisung von Migranten an den deutschen Grenzen zu durchweg sicheren Drittstaaten sei ohne Gesetzesänderung möglich.

S.-Jarno Bien, Vorsitzender von dieBasis Thüringen, stimmte differenzierte Töne an. Er erinnerte an seine Erfahrungen als Architekt. Da könne er seine Kunden mehr durch Fragen als durch kühne Ideen überzeugen. So könnten sie ihre eigenen Ideen umsetzen. „Die Qualität der Fragen bestimmt die Qualität der Lösungen.“ Wir sollten uns demütig besinnen, dass wir Teil eines hochkomplexen Ökosystems sind und Verantwortung im Spiel des Lebens haben, statt eines diffusen, brüchigen Vertrauens in übergeordnete Institutionen. Eindimensionale Lösungen gebe es nicht und nichts sei ohne sein Gegenteil wahr. Kann etwa CO₂-Einsparung das einzige sein, was unseren Lebensraum auf Dauer erhält? Entsprechen Modellansätze von Klimaprognosen noch dem Stand der Erkenntnis? Sind Bettenburgen für Senioren die menschlichste Lösung?

Warum bauen wir Straßennetze aus und wollen Individualverkehr einschränken? „Wir werden verantwortungsbewusst gestalten – ideologiefremd und naturnah.“

Dr. Ute Bergner will eine Bürgerdemokratie nach Schweizer Vorbild. In Art. 20 (2) GG seien „Abstimmungen“ ganz allgemein, nicht nur bei Gebietsveränderungen vorgesehen. Es müsse die Möglichkeit nicht nur zur Wahl, sondern auch zur Abwahl von Parlamenten geben, und Mandate sollten auf 2 Legislaturperioden begrenzt werden.

Zudem formulierte sie die Forderungen:

„Stopp mit Koalitionen – weiter mit wechselnden Mehrheiten!“ und „Stopp Instrumentalisierung der Wissenschaft – weiter mit freiem wissenschaftlichen Diskurs!“

Vera Lengsfeld, ehemaliges Mitglied der einzigen frei gewählten Volkskammer der DDR, sah ein Leitbild für Opposition in Wolf Biermanns Lied „Du lass’ dich nicht verhärten“: „Wir lassen uns nicht von unseren Mitmenschen entfremden.“ Die Lehre aus der Wende sei, dass keine Herrschaft ewig dauere. Sie erinnerte daran, was damals stark gemacht habe: Vereint im gemeinsamen Ziel, die Herrschaft der SED zu beenden, habe man sich nicht spalten lassen.

Zum Ziel der Einheit wartete **Dr. Hans-Georg Maaßen**, der den Einsatz des Bündnis zur Wiederherstellung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterstützt, mit einer Überraschung auf. Zunächst sah er seine Rolle weiter in der CDU und forderte, dass Mitglieder der WerteUnion in der CDU nicht benachteiligt und ausgegrenzt werden, wie es bei allen Strömungen gute Tradition ist. Statt mit der rot-rot-grünen Regierung „sozialistische“

Bevormundung zu unterstützen, forderte er sodann – wenn auch möglicherweise utopisch? – die CDU auf, im „Bündnis für Thüringen“ mitzumachen!

Ausblick: Weitere Vereine und politische Organisationen haben bereits angezeigt, dass sie dem Bündnis beitreten möchten.

Der Sänger **Mario Scherzer** begleitete die Zukunftskonferenz und hatte dafür ein eigenes Lied geschrieben mit dem Titel „Lass dich nicht mit Feigheit beschmutzen!“ Zum Geist des Treffens passten besonders gut die Zeilen: „Wem wird denn dein Schweigen wohl nützen, wenn du daran zerbrichst? Mal Friedenstauben auf all deinen Wegen, und dann holen wir uns die Demokratie zurück.“

Kontakt:

Landesverband Thüringen der Basisdemokratischen Partei Deutschland

Südstr. 15 Geb 7a

99867 Gotha

presse@diebasis-th.de

diebasis-th.de

Vor dem Weltkrieg

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

Neue und alte Konflikte - Parallelen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und heute

Ein Beitrag von Dr. Jürgen Wächter

Schaut man sich die Lage der derzeitigen Welt an, zeigen sich zahlreiche Parallelen zur Zeit vor dem ersten Weltkrieg, u. a. geopolitisch, ökonomisch und psychologisch.

Dem Ersten Weltkrieg gingen zahlreiche Konflikte voraus, wie die um die Krügerdepesche 1896, das Doggerbankscharmützel 1904, die Bosnische Annexionskrise 1908, die Marokkokrisen 1906/1911 sowie die Balkankriege 1912 und 1913. All diese Krisen konnten gelöst werden, doch das Misstrauen und die Kriegsbereitschaft unter den Staaten erhöhte sich kontinuierlich.

Und so ist es derzeit auch. Nicht nur in der Ukraine ist der Krieg bereits Realität. Zwischen Kosovo und Serbien kriselt es. Ebenso eskaliert die Situation zwischen Armenien und Aserbeidschan, wo zehntausende Menschen auf der Flucht sind. In Westafrika werden nicht nur die französischen Truppen vertrieben, sondern es bilden sich auch zwei gegensätzliche Militärbündnisse, die Ecowas auf der einen und Niger mit seinen Verbündeten auf der anderen Seite. Die Tuareg in Mali kämpfen in den Wüstengebieten erfolgreich gegen die Regierung. Die Kurden streben ebenfalls nach einem eigenen Staat und die Türkei interveniert u. a. deshalb immer wieder in Syrien, wo amerikanische Luftwaffenbasen von Gruppen aus dem Irak, Syrien etc. angegriffen werden. China steht im Konflikt mit mehreren südostasiatischen Ländern (Vietnam, Philippinen) um Seerechte und Kleinstinseln im Chinesischen Meer, die es nach und nach besetzt, und die Wiederangliederung von Taiwan ist nur eine Frage des geeigneten Zeitpunktes. Selbst zwischen Venezuela und Guayana werden längst als bewältigt angesehene Territorialstreitigkeiten wieder zum Thema. In Europa entstehen Begehrlichkeiten an der zusammenbrechenden Ukraine. Polen ließ etwa verlauten, dass Gebiete der Westukraine einstmals zu Polen gehörten und es werden Stimmen laut, die darauf drängen, hier Gebiete zurückzugewinnen. Es dauerte nicht lange, da wies auch Ungarn auf ungarische Minderheiten

in der Westukraine hin, die eigentlich zu Ungarn gehören würden. Und nun auch noch Gaza, das die gesamte arabische Welt zum Kochen bringt und dazu führt, dass Iran, Jemen und der Libanon bereits mit Waffenlieferungen und militärischen Aktionen gegen Israel auftreten.

In den letzten Jahren konnte viele Krisen durch militärische Intervention unterdrückt werden. Doch der selbsternannte Weltpolizist USA kann nicht mehr alle Konflikte auf dem Planeten niederringen, er ist finanziell am Ende und Ansehen und Macht sind auf dem absteigenden Ast. Auch wenn seine Flugzeugträgerflotten noch verheerende Vernichtungskraft besitzen, zeigen russische, chinesische und indische Kriegsschiffe mit ihren Raketenwaffen, dass sie nicht mehr allein im Ozean fischen. Mit jedem Konflikt steigt die Gefahr, dass diese Mächte direkt aneinandergeraten. 1914 wollte niemand einen Krieg. Doch mit dem Attentat auf dem österreichischen Thronfolger rutschte man hinein. Auch heute will niemand einen Weltkrieg. Wird irgendein Anlass ihn doch entfachen?

Ökonomisch zeigen sich ebenfalls einige Parallelen. Das Erdbeben in San Francisco 1906 verursachte einen erheblichen Abfluss von Geld aus den Versicherungen der Ostküste der USA. In Kombination mit maßlosen Spekulationen an der New Yorker Börse kam es 1907 zur Bankenkrise (sog. Panik von 1907), der größten Finanzkrise seit Bestehen der USA. Die Folge war ein Rückgang der Industrieproduktion um elf Prozent, eine hohe Zahl an Konkursen sowie eine Verdopplung der Arbeitslosenzahlen. Trotz Gründung der amerikanischen Zentralbank (FED) 1912, wurde auch die europäische Wirtschaft geschwächt und die ökonomische Stimmung blieb bedrückend.

Ähnlich sieht es derzeit aus. Firmenpleiten, Anstieg der Arbeitslosigkeit und fehlendes Vertrauen in den Bankensektor und die Börsen führen erneut zu ökonomischen Rückschlägen bei vielen Menschen. Damit verbunden ist eine Inflation, wie sie Europa seit langem nicht mehr gekannt hat, die bei jedem Lebensmitteleinkauf offensichtlich ist und die Zahl der Besucher an den Tafeln immer weiter in die Höhe schnellen lässt. Und das Ende dieser Krise ist noch lange nicht absehbar.

Noch etwas anderes gleicht der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, nämlich ein Gefühl von Kriegsbereitschaft bei gleichzeitiger depressiver Stimmung. Martialische Rhetorik war zu Beginn des 20. Jahrhunderts bei den Großmächten gang und gäbe. Ebenso eine Verherrlichung von Militär, Paraden und siegreichen Schlachten. Kriegervereine gab es nahezu in jedem Ort und im Militär wartete man nur darauf, sich heldenhaft beweisen zu können.

Heutzutage liefern die Europäer Waffen in die Krisengebiete, egal ob Ukraine, Israel oder sonstwo, und stehen fest zur amerikanischen Aggressionspolitik. Demonstrationen des islamischen Lagers sowie die Kontrahenten in den Krisenregionen zeigen hohe Gewaltbereitschaft und rufen ungestraft zum Krieg auf. Und selbst die ehemaligen Friedensparteien SPD und Grüne haben den Krieg für sich entdeckt. Wer es wagt, sich dennoch für Frieden einzusetzen, wird selbst von einem Bundeskanzler als „gefallene Engel aus der Hölle“ gescholten. Der israelische Energieminister Katz äußerte bereits: „Wir befinden uns im Dritten Weltkrieg“. Wir wollen es nicht hoffen.

Vor dem ersten Weltkrieg war die Kriegsrhetorik der Herrschenden mit einer höchst depressiven Stimmung in der Bevölkerung verknüpft. „Neurasthenie“ hieß es damals. Der Historiker Joachim Radkau sprach treffend vom „Zeitalter der Nervosität“. Die Menschen konnten den gesellschaftlichen Druck mit seinen vielen Konventionen nicht mehr ertragen und immer mehr „Nervenheilstätten“ wurden gegründet, um der größer werdenden Zahl an „nervlich“ Erkrankten Herr zu werden. Sigmund Freud begründete in diesen Jahren seine Theorien über die psychische Natur des Menschen und schuf damit eine neue Wissenschaft. So

hatte die überforderte Masse der Menschen den Kriegsallüren der Herrschenden nichts entgegensetzen. Und als der Krieg schließlich ausgebrochen war, öffnete sich ihre Niedergeschlagenheit. Schon Spinoza wusste, dass ein Affekt durch einen stärkeren Affekt beendet werden kann. So wandelte sich die Depression in eine Kriegsfreude, so dass die Truppen singend und fröhlich an die Front fuhren. Egal was geschehen sollte, Hauptsache man war aus der psychischen Depression heraus. Das kostete dann Millionen an Toten.

Heute ist die Agonie unter den Menschen in der westlichen Weltähnlich. Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Demokratie und menschliche Werte kommt über die bequeme deutsche Couch vor dem Staats-TV meist nicht hinaus. Spätestens seit der Coronazeit beugen sich die Kleinbürger willig jeder Behördenwillkür, akzeptieren gehorsam Lockdown, Genänderung, Wärmepumpe und Klimawahn. Sie zahlen brav ihre GEZ-Gebühr und halten sich an die hunderttausendste Tempo-30-Zone, nur um bloß ungestört vor sich hin zu dösen, auch wenn die Faust oft in der Tasche geballt ist. Dabei werden sie immer kränker, die Krankenstände sind auf Rekordhöhe. Und im Inneren der Bürger sieht es ebenso krank aus; Stress und Unruhe, Depressivität, Unsicherheit und Angst herrschen vor, das was man vormals als „Nervosität“ bezeichnete. Und dabei wird die Suche nach Terminen beim Psychologen immer aussichtsloser. Auf diese Massendepression wird mit noch mehr Rückzug ins Private reagiert, in der Hoffnung, alles wird wie früher. Doch das wird nicht geschehen. Diese Menschen leben innerlich auf einem Pulverfass, das lediglich wieder eines starken Affektes bedarf, um es zur Detonation zu bringen. Vieles kann wieder als solcher Affekt dienen, Preissteigerung, Armut, ein imaginärer oder tatsächlicher Feind, Gewalt, Mord oder Tod. Oder eben ein Krieg. Dann sind die Menschen aus ihrer psychischen Krise heraus, leiden dann aber unter ganz anderen Schrecken. Nicht gerade rosige Aussichten.

Der Erste Weltkrieg brachte als erster industrieller Krieg millionenfachen Tod, Grauen und Zerstörung. Wie schlimm würde es erst bei der derzeitigen Waffentechnik, geschweige denn bei einem Atomkrieg. Haben wir in über einem Jahrhundert nichts gelernt? Rutschen wir wieder scheinbar unbemerkt in eine weltweite Katastrophe?

Frieden, Wohlstand, Zufriedenheit, Glück, unsere ersehnten Ziele der Menschlichkeit geraten immer mehr ins Hintertreffen und stattdessen gleiten wir erneut in eine Situation, die immer mehr an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erinnert, als niemand Krieg und Not wollte, aber die Regierungen alles taten, dass er kaum noch vermeidbar wurde.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Friedenspolitik, wie sie Deutschland vor 1990 fast dreißig Jahre lang erfolgreich betrieben hat. Statt Waffenlieferungen und Kriegsrhetorik braucht es eines weisen Vermittlers, der aufklärt, der die konträren Lager an einen Tisch holt, der Kompromisse vorschlägt und immer und immer wieder an den Frieden appelliert. Und einer Regierung, die nicht den Mächtigen oder irgendwelchen Ideologien dient, sondern allein dem Wohl der Menschen.

Medienmitteilung: Strafanzeige gegen Unterstützer der Corona-Impfpflicht

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

**Strafanzeige gegen Unterstützer der Corona-Impfpflicht
Wer die Menschenwürde verletzt, gehört bestraft!**

Eine Medienmitteilung des ZAAVV

Das Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen (ZAAVV) und verbündete Organisationen reichen am 10. Dezember 2023 bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe Strafanzeigen ein gegen Politiker, Minister, Richter und weitere Personen, die zur Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht bzw. Impfpflicht für Angehörige der Bundeswehr beitrugen und sich damit mutmaßlich eines Verbrechens gegen die Menschheit gem. § 7 des Völkerstrafgesetzbuchs schuldig machten. Die Anzeigen werden am 10. Dezember 2023 bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eingereicht und vor Ort im Rahmen einer grossen Medienkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die vom Grundgesetz – in Artikel 1 – für unantastbar erklärte «Würde des Menschen» verbietet jegliches Aufwiegen und Werten von Menschenleben als dem höchsten Rechtsgut, das ein Staat zu schützen hat. Es ist darum unerheblich, wie viele Menschenleben durch die verschiedenen Massnahmen möglicherweise gerettet wurden. Der Staat darf keine generell-abstrakten Normen erlassen, wenn er dabei auch nur in Betracht zieht, dass durch deren Umsetzung Menschen an Leib und Leben zu Schaden kommen werden.

Dass dieses Verbot kategorisch ist, also keine Ausnahmen zulässt, haben das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mehrfach unmissverständlich klargestellt: So urteilte das BVerfG etwa im Fall «Gäfen», dass «Methoden, die die Freiheit der Willensentschließung nach § 136 a StPO beeinträchtigen, verboten sind, weil sie gegen die Menschenwürde (Art. 1 Abs.1 Satz 1 Grundgesetz) verstoßen. Der EGMR fügte im gleichen Zusammenhang an, dass «unabhängig vom Verhalten des Betroffenen auch zur Rettung von Leben und selbst im Fall eines Notstandes für den gesamten Staat [eine Verletzung der Menschenwürde eines Einzelnen] nicht gerechtfertigt werden» könne. (EGMR Nr. 22978/05 (Große Kammer) - Urteil vom 1. Juni 2010 (Gäfen vs. Deutschland))

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch das Urteil des Ersten Senats vom 15. Februar 2006 - 1 BvR 357/05: «Die Ermächtigung der Streitkräfte durch unmittelbare Einwirkung mit Waffengewalt ein Luftfahrzeug abzuschießen, das gegen das Leben von Menschen eingesetzt werden soll, ist mit dem Recht auf Leben nach Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG nicht vereinbar, soweit davon tatunbeteiligte Menschen an Bord des Luftfahrzeugs betroffen werden.» Die Diskussion um das TV-Experiment «Terror» zeigten damals, warum solche Entscheide mit gutem Grund dem demokratischen Diskurs entzogen sind. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Punkt. Wer sie als Repräsentant des Staates antastet, bewegt sich ausserhalb des Grundgesetzes und gehört bestraft.

Mit Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und der Impfpflicht für Angehörige der Bundeswehr haben diejenigen, die diesem Gesetz oder Befehl zugestimmt haben, oder dies juristisch nicht verhindert haben, den systematischen und ausgedehnten Tod eines Teils der Zivilbevölkerung, die dieser Pflicht unterworfen waren und teilweise noch immer sind, billigend in Kauf genommen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung über die einrichtungsbezogene Impfpflicht klargestellt (Beschluss vom 27. April 2022 - 1 BvR 2649/21, Rn. 225), dass das Paul-Ehrlich-Institut im Jahr 2021 bei 78 Verdachtsmeldungen, die einen Todesfall betrafen, einen ursächlichen Zusammenhang mit der Impfung als möglich oder wahrscheinlich bewertet hat. Eine Abwägung Leben gegen Leben steht aber gerade außerhalb des Werterahmens einer zivilisierten Gesellschaft und ist somit sowohl einer Beschlussfassung durch ein Parlament als auch einer Erlaubnis durch damit befassende Gerichte entzogen. Sowohl das Völkerstrafgesetzbuch als auch das Internationale Römische Statut stellen das staatliche Abweichen von diesem Werterahmen bewusst und ausdrücklich unter Strafe.

Es geht mit dieser Strafanzeige nicht nur um die Verfolgung und Durchsetzung juristischer Ansprüche im engeren Sinn. Mindestens so wichtig ist das damit verbundene Anstossen einer Diskussion in Medien und Öffentlichkeit, um eine Wiederholung ähnlicher Verbrechen gegen die Rechte und Freiheiten der Menschen zu verhindern.

Für Fragen:

Claudio Zanetti
+41 79 331 90 23

Dr. Alexander Christ
+49 171 566 66 22

Neugierig über die ZAAVV Fördermitgliedschaft?
Hier mehr erfahren: <https://www.zaavv.com/de-de/foerderverein>

Link zur Pressemitteilung:
<https://www.zaavv.com/de-de/news/81-medienmitteilung-strafanzeige-gegen-unterstuetzer-der-corona-impfpflicht>

Schwarmtreffen

Vergesst bitte unsere regelmäßigen Treffen nicht und bringt viele gute Ideen und Freunde mit. Unser nächstes Schwarmtreffen findet am 16.12.2023 statt, seid gespannt und besucht das Treffen zahlreich. Der Ort wird auf der Homepage bekannt gegeben. Besucht auch das regelmäßige Stammtischtreffen im Restaurant Kreta, nächster Termin 14.12.2023 ab 19:00 Uhr. Besucht auch die Veranstaltungen die von Mitgliedern organisiert werden.

Alle Termine sind auf unserer Homepage <https://bielefeld.diebasis.nrw/> zu finden. Weitere Informationen findet ihr auf: <https://nrw.diebasis.nrw/news/>.

dieBasis Stadtverband Bielefeld

Pressesprecher Jochen König
Schriftführer Gustav Wiesecke